



Frau Bundesrätin  
Elisabeth Baume-Schneider  
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement  
Bundeshaus West  
3003 Bern

Genf, 17. März 2023

### **Dringender Handlungsbedarf im Migrationsbereich**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Die Schweizerische Volkspartei ist in tiefer Sorge um die desolante Situation im Asyl- und Migrationsbereich. Die Meldungen aus Gemeinden und Kantonen sind besorgniserregend: Das EJPD muss dringend handeln.

Das schweizerische Asylsystem ist gescheitert; die Gesetze sind überholt und halten den aktuellen Herausforderungen nicht mehr stand. Es kommen zu viele und die falschen Personen in unser Land. Die meisten von ihnen sind keine Flüchtlinge im Sinne des Gesetzes, sondern Migranten, die den Asylweg ausnutzen. Trotzdem bleiben die meisten mit dem Status der vorläufigen Aufnahme hier. Mittlerweile leben fast 45'000 vorläufig Aufgenommene in der Schweiz. Täglich werden es mehr.

Die Zahl der Asylgesuche explodiert. 2022 gingen 24'511 Gesuche ein – das sind 64,2% mehr als im Vorjahr. Für 2023 rechnet der Bund mit bis zu 40'000 Gesuchen. Die Belastung der Schweiz ist mit 2,8 Asylbewerbern pro 1'000 Einwohner deutlich höher als der europäische Schnitt von 2 Bewerbern pro 1'000 Einwohnern. Hinzu kommen die illegal Eingereisten: 2022 waren es über 52'000 Personen. Die meisten von ihnen sind untergetaucht. Auch hier ist die Kontrolle völlig entglitten.

Man muss in aller Klarheit festhalten: Nicht die Schweiz, sondern kriminelle Schlepperbanden und Menschenhändler entscheiden, wer in unser Land kommt. Die Abkommen von Schengen und Dublin sind gescheitert. Statt mehr Sicherheit und der Kontrolle der Migration (wie es der Bundesrat 2005 versprochen hatte), stellen wir heute erhebliche Sicherheitsdefizite, steigende Kosten und keine Abnahme der Kriminalität fest. Ob es Sinn macht, weiterhin Vertragspartei dieser Abkommen zu sein, muss ernsthaft hinterfragt werden.

Das Resultat dieser gescheiterten Asylpolitik: Unsere Infrastrukturen sind am Anschlag und die Akzeptanz in der Bevölkerung schwindet. Bereits zwei Kantone haben den Asylnotstand erklärt, weitere werden folgen. Viele Gemeinden suchen verzweifelt nach Möglichkeiten, die Asyl-Migranten unterzubringen – zumal sie gleichzeitig auch Unterkünfte für Zehntausende Kriegsvertriebene aus der Ukraine bereitstellen müssen. Dass mittlerweile sogar langjährige Schweizer Mieter auf die Strasse gestellt werden, schürt die Unzufriedenheit zusätzlich.



Diese Situation ist äusserst gefährlich: Die Bereitschaft der Bevölkerung zu solidarischem Handeln, aber auch zur Finanzierung des milliardenteuren Asylbereichs nimmt rapide ab. Der Zusammenhalt in der Bevölkerung ist in Gefahr, zumal solche Entscheide fast durchwegs zu Lasten wirtschaftlich schwacher Personen gehen.

Die Schweizerische Volkspartei fordert Sie als zuständige Bundesrätin dringend auf, Massnahmen zu ergreifen. Die unkontrollierten Migrationsströme müssen mit konkreten Sofortmassnahmen, aber auch einer mittel- bis langfristigen Strategie eingedämmt werden. Wenn der Bundesrat nicht handelt, nimmt er gravierende Fehlentwicklungen in Kauf: Wegen der Überlastung der Infrastrukturen mit Asyl-Migranten können wir bald jenen nicht mehr helfen, die unsere Unterstützung wirklich bräuchten.

Aus Sicht der SVP Schweiz sind folgende Massnahmen unumgänglich und dringend:

- Durchführung eines **Runden Tisches** mit betroffenen Gemeinden, Kantonen und Parteien, um rasch Lösungen zur Entlastung zu finden.
- Schaffung von **Transitzonen** zur Durchführung der Asylverfahren, um so die Kontrolle zurückzuerlangen, wer als Migrant Schweizer Boden betritt.
- Unverzögliche Aufnahme von **Gesprächen mit Nachbarstaaten**, um bessere Grenzkontrollen und eine **Auslagerung der Asylverfahren** ausserhalb der Schengen-Aussengrenze zu erwirken (z.B. auch Durchführung einer „Bodensee-Konferenz“ gemäss Vorschlag von SPÖ).
- Einsetzung eines **Sonderbeauftragten für Rückführungen**, um die Ausweisung von vorläufig aufgenommenen Personen (Status F) sowie von kriminellen Ausländern konsequent zu vollziehen.

Mit freundlichen Grüssen

Marco Chiesa, Ständerat  
Präsident SVP Schweiz

Thomas Aeschi, Nationalrat  
Fraktionspräsident

Gregor Rutz, Nationalrat  
Co-Leiter Arbeitsgruppe Asyl

Andreas Glarner, Nationalrat  
Co-Leiter Arbeitsgruppe Asyl